

Antrag

der Abgeordneten Matthias Weisheit, Brigitte Adler, Ernst Bahr, Ingrid Becker-Inglau, Christel Deichmann, Peter Dreßen, Marga Elser, Annette Faße, Iris Follak, Monika Ganseforth, Renate Gradistanac, Günter Graf (Friesoythe), Karl Hermann Haack (Extertal), Hubertus Heil, Reinhold Hemker, Gustav Herzog, Iris Hoffmann (Wismar), Eike Hovermann, Barbara Imhof, Ilse Janz, Klaus Kirschner, Marianne Klappert, Helga Kühn-Mengel, Werner Labsch, Waltraud Lehn, Robert Leidinger, Eckhart Lewering, Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg), Lothar Mark, Gerhard Neumann (Gotha), Holger Ortel, Dr. Martin Pfaff, Dr. Carola Reimann, Dr. Hansjörg Schäfer, Gudrun Schaich-Walch, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Silvia Schmidt (Eisleben), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Regina Schmidt-Zadel, Heinz Schmitt (Berg), Walter Schöler, Karsten Schönfeld, Dr. R. Werner Schuster, Dr. Margrit Spielmann, Antje-Marie Steen, Rolf Stöckel, Joachim Tappe, Jella Teuchner, Dr. Norbert Wieczorek, Heino Wiese (Hannover), Dr. Wolfgang Wodarg, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Heide Wright, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BSE-Bekämpfung konsequent ausbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach Einführung der obligatorischen BSE-Tests in Deutschland ab Dezember 2000 wird die Verbreitung der Rinderseuche auch in Deutschland offenbar. Die bisher gefundenen BSE-infizierten Tiere wurden im Zeitraum 1995 bis 1997 geboren. Als Hauptinfektionsquelle wird verseuchtes Tiermehl angenommen. Daneben scheint eine Infektion im Kälberalter über das Milchaustauschfutter möglich. Weitere mögliche Infektionsquellen sind nicht auszuschließen. Es bestätigt sich, dass die Entscheidung eines totalen Verfütterungsverbots für alle protein- und fetthaltigen Tiermehlerzeugnisse bzw. Milchaustauscher richtig war. Die jetzt weiterhin notwendigen Maßnahmen sind auf allen Ebenen von Bundesländern, Bundesregierung und EU konsequent und koordiniert voranzutreiben. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Berufung der Präsidentin des Bundesrechnungshofes, Dr. Hedda von Wedel, als unabhängige Gutachterin für eine „Schwachstellenanalyse“ im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Nahrungsmittelsicherheit.

II. Der Deutsche Bundestag hält es zu einer wirksamen BSE-Bekämpfung für notwendig,

- bei Feststellung eines BSE-infizierten Rindes aus Gründen der gesundheitlichen und epidemiologischen Vorsorge weiterhin die gesamte Herde zu töten,
- EU-weit ein totales und zeitlich unbegrenztes Verfütterungsverbot von Tiermehl zu beschließen,
- die tierischen Fette und weitere tierische Futterbestandteile EU-weit ins Verfütterungsverbot einzubeziehen,
- das Verfütterungsverbot für Tiermehl auf Wild-, Heim- und Zootiere aus Vorsorgegründen in geeigneter Weise auszudehnen,
- zu überprüfen, inwieweit angesichts des ungeklärten Verbleibs der Prionen im Boden Düngeverbote notwendig sein können,
- eine umfassende und offene Deklaration aller Futtermittelbestandteile umgehend national und EU-weit durchzusetzen,
- eine Positivliste von Futtermittelbestandteilen unter Qualitätssicherungs- und Verbraucherschutzaspekten national und EU-weit zu initiieren,
- die flächendeckende Kontrolle der Futtermittelerzeugung und -zusammensetzung sicherzustellen und bei Verstößen als Straftatbestand zu ahnden,
- bei den Schlachtverfahren die Übertragungsmöglichkeiten von BSE weitestgehend, z. B. durch Anwendung neuer Schlachttechnologien, zu minimieren,
- auf Grund neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter Vorsorgegesichtspunkten die Definition von „Risikomaterialien“ im Hinblick auf Tierarten und derzeitigen Umfang EU-weit zu überprüfen und neu zu regeln; Risikomaterial ist unabhängig vom Alter der Tiere aus der Futter- und Nahrungsmittelkette auszuschließen sowie Separatorenfleisch generell zu verbieten,
- BSE-Tests sind bei allen gefallenen und notgeschlachteten Tieren und bei Schlachttieren, die über 24 Monate alt sind, durchzuführen. Darüber hinaus sind die Tests schrittweise auf alle Schlachttiere auszudehnen; die Tests müssen entsprechend weiterentwickelt werden,
- die Entwicklung von Tests am lebenden Tier mit Nachdruck voranzutreiben,
- das Lebensmittelbuch im Hinblick darauf, welche tierischen Ausgangsstoffe welcher Tierart in die menschliche Nahrung gelangen sollen, zu überarbeiten und Bezeichnungsklarheit bei Wurst und Fleischerzeugnissen zu schaffen,
- auf EU-Ebene die Auszahlung von Mitteln aus dem Marktentlastungsprogramm von BSE-Tests zur Erfassung der epidemiologischen Situation abhängig zu machen,
- die BSE- und Creutzfeldt-Jakob-Forschung in Deutschland zu verstärken, Pathologie-Studien durchzuführen und die Forschungsanstrengungen möglichst EU-weit zu koordinieren,
- die Ergebnisse der epidemiologischen Untersuchungen in allen BSE-Ländern vergleichend auszuwerten, um bei der Ursachenermittlung der BSE-Übertragung schnellere Fortschritte zu erzielen,

- eine transparente Etikettierung kurzfristig auf alle Fleischsorten und Fleischprodukte auszudehnen,
- die flächendeckende Kontrolle der Lebensmittelkennzeichnung sicherzustellen,
- zusätzliche Maßnahmen zur Eindämmung der Scrapie-Krankheit bei Schafen, wie z. B. Exportverbote aus besonders betroffenen Regionen, zu prüfen und die Keulung der gesamten Herde bei Scrapie-Fällen EU-weit wie in Deutschland zur Pflicht zu machen,
- die Bund-Länder-Zuständigkeiten und -koordination insbesondere im Krisenfall auf Effizienz und Handlungsfähigkeit hin zu überprüfen,
- weitere BSE-Schutzmaßnahmen EU-einheitlich unter dem Primat des Vorsorgeprinzips zu ergreifen.

III. Der Deutsche Bundestag begrüßt das Weißbuch der EU-Kommission zur Lebensmittelsicherheit. Er ist der Auffassung, dass

- für die Europäische Union der höchste Standard der Lebensmittelsicherheit gelten muss und die Einfuhr von Tieren, Tierprodukten, Lebensmitteln und Tierfutter aus EU-Mitgliedsländern und aus Drittstaaten diesen Anforderungen genügen müssen,
- die Rückverfolgbarkeit von Futter- und Lebensmitteln sowie ihrer Zutaten vom Erzeuger bis zum Verbraucher gewährleistet sein muss,
- in Deutschland der Verbraucherschutz und die Verbraucheraufklärung, auch im nichtstaatlichen Bereich, gestärkt werden müssen.

IV. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass eine verstärkte Verbraucherschutzpolitik neben einer neu ausgerichteten Agrarpolitik für die Qualität und gesundheitliche Unbedenklichkeit der Lebensmittel von zentraler Bedeutung ist. Das Vorsorgeprinzip muss dabei konsequent angewandt werden.

Die Lebensmittelerzeugung muss künftig zuallererst Qualitätsproduktion sein, die auf einer naturnahen, ressourcenschonenden Landwirtschaft basiert. Nur so werden Vertrauen und Wertschätzung der Verbraucher in die Lebensmittel wieder herzustellen sein und können Landwirte angemessene Erzeugerpreise erzielen.

Berlin, den 16. Januar 2001

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

